

RESILIENZ IM
KATASTROPHEN-
FALL

Marco Krüger,
Matthias Max (Hg.)

Konzepte zur Stärkung
von Pflege- und
Hilfsbedürftigen im
Bevölkerungsschutz

Aus:

Marco Krüger, Matthias Max (Hg.)

Resilienz im Katastrophenfall

**Konzepte zur Stärkung von Pflege- und Hilfsbedürftigen
im Bevölkerungsschutz**

März 2019, 294 S., kart., zahlr. Abb.

34,99 € (DE), 978-3-8376-4488-3

E-Book:

PDF: 34,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4488-7

In gesellschaftlichen Krisensituationen – wie etwa einem länger andauernden Stromausfall – wird selten an Menschen gedacht, die besondere Formen der Hilfe benötigen. Dies trifft zum Beispiel auf jene zu, die zu Hause von ihren Familien oder von Pflegediensten versorgt werden. Am Beispiel dieser Problemstellung erläutern die Beiträge des Bandes exemplarisch, welche Hilfeleistungen Pflegebedürftige und ihre Angehörigen benötigen und wie dies durch den Katastrophenschutz berücksichtigt werden kann. Eine theoretische Diskussion des Resilienzkonzepts sowie die Auseinandersetzung mit der kontextuellen Wissensgenerierung im Rahmen einer Modellregion bilden die Grundlage für die transdisziplinär angelegte Forschung.

Marco Krüger, geb. 1986, arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Internationalen Zentrum für Ethik in den Wissenschaften an der Universität Tübingen. Er forscht im Bereich der Sicherheitsstudien insbesondere zu Resilienz, Sicherheitsethik und Überwachung.

Matthias Max (M.A.), geb. 1983, leitet seit 2013 die Forschung im Deutschen Roten Kreuz Generalsekretariat mit Sitz in Berlin. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Entwicklung von Forschungsfragen für den Bevölkerungsschutz sowie die Überführung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis. Er wurde 2013 mit einem Preis für Nachwuchsforschung des Deutschen Komitees für Katastrophenvorsorge e. V. ausgezeichnet und ist aktuell Mitglied des wissenschaftlichen Programmausschusses »Forschung für die zivile Sicherheit« des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

Weiteren Informationen und Bestellung unter:

www.transcript-verlag.de/978-3-8376-4488-3

Inhalt

Danksagung und Förderung | 5

Abbildungsverzeichnis | 11

I. GRUSSWÖRTE

Zur Bedeutung von KOPHIS für das Deutsche Rote Kreuz e.V.

Gerda Hasselfeldt, Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes | 15

Ein Laboratorium für die Zukunft

Regina Ammicht Quinn, Sprecherin des Internationalen Zentrums für Ethik in den Wissenschaften an der Universität Tübingen | 19

II. EINLEITUNG

1. Über Bedarfe, Sichtbarkeit und die Voraussetzungen einer resilienten Bevölkerung

Marco Krüger und Matthias Max | 25

2. Zur Notwendigkeit der Forschung aus Sicht des Deutschen Roten Kreuzes e.V.

Matthias Max und Matthias Schulze | 41

III. THEORETISCHER UND METHODISCHER RAHMEN

3. Resilienz

Zwischen staatlicher Forderung und gesellschaftlicher Förderung

Marco Krüger | 57

4. Chancen dynamischer Konzeptionen von Vulnerabilität für den Katastrophenschutz

Friedrich Gabel | 77

5. Anerkennung als ethische Dimension im Spannungsfeld von Katastrophenschutz und Pflege

Marcel Vondermaßen | 97

6. Die Modellregion als Methode

Ein endanwenderzentrierter Ansatz

Ruth Winter und Annette Händlmeyer | 115

7. KOPHIS in der Modellregion Willich

Ort partizipativer Forschungsmethoden
und Wege zur aktiven Einbindung der Zielgruppe

Annette Händlmeyer, Heidi Oschmiansky und Ruth Winter | 133

IV. TRANSDISZIPLINÄRE EMPIRISCHE FORSCHUNGSERGEBNISSE

8. Menschen mit Pflege- und Hilfsbedarf in Krisen, Großschadenslagen und Katastrophen

Erfahrungen und Erkenntnisse von Hilfsorganisationen

Heidi Oschmiansky und Annette Händlmeyer | 157

9. Unterstützungsnetzwerke Pflege- und Hilfsbedürftiger im Alltag und im Krisenfall

Ergebnisse einer explorativen Studie aus Willich

Julia Schander, Andrea Jungmann, Katja Schulze und Martin Voss | 181

10. Bedarfe der Bevölkerung und Pflege- und Hilfsbedürftiger in Extremsituationen

Ergebnisse einer deutschlandweiten repräsentativen Befragung

Katja Schulze, Andrea Jungmann, Julia Schander und Martin Voss | 203

11. Pflege- und Hilfsbedürftige in Schadenslagen

Durch Vernetzung relevanter Akteur*innen
und durch systematische Kooperation
die ambulante Versorgung sicherstellen

Veronika Zettl und Rebecca Nell | 227

**12. Technische Ansätze zur Unterstützung von pflege-
und hilfsbedürftigen Menschen im Katastrophenfall**

*Asarnusch Rashid, Layal Shammās,
Tom Zentek und Marian Weber | 247*

V. WEGE DER UMSETZUNG

13. Wie aus Forschung Praxis wird

Die Transformation von wissenschaftlicher Arbeit
zu organisationaler Umsetzung

Matthias Max | 273

VI. NACHWORT

**Zur Bedeutung des Projektes KOPHIS für die praktische
bereichsübergreifende Arbeit im Deutschen Roten Kreuz e.V.**

*Ulrike Würth, Bundesleiterin der Wohlfahrts- und Sozialarbeit des Deutschen
Roten Kreuzes, und Tanja Knopp, stellvertretende Bundesbereitschaftsleiterin
des Deutschen Roten Kreuzes | 287*

Autorenbiographien | 289

II. Einleitung

1. Über Bedarfe, Sichtbarkeit und die Voraussetzungen einer resilienten Bevölkerung

Marco Krüger und Matthias Max

Obwohl Deutschland im internationalen Vergleich eine eher geringe Exposition gegenüber extremen Naturereignissen aufweist, zeigen doch Beispiele wie der Münsterländer Wintersturm im Jahre 2005, der Orkan Kyrill im Jahr 2007 und die Elbhochwasser in den Jahren 2002, 2006 und 2013, dass es auch hierzulande immer wieder zu derartigen Extremsituationen mit teils katastrophalen Auswirkungen kommt. In diesem Zusammenhang wurde in den letzten Jahren eine Diskussion lauter, die nach Verantwortlichkeitsverteilungen für Katastrophenschutzhandeln fragt und dabei – neben den staatlichen Institutionen des Katastrophenschutzes – auch die Bevölkerung selbst in den Blick nimmt (Krüger 2018a; Voss 2010). Unter dem Schlagwort Resilienz firmiert dabei ein vergleichsweise neues Paradigma im Katastrophenschutz. Demzufolge werden Extremereignisse als unvermeidbar angesehen, weshalb Attribute wie Anpassungsfähigkeit und Kapazität, Eigeninitiative und Widerstandsfähigkeit im gegenwärtigen Diskurs eine zentrale Rolle spielen (Neocleous 2013; Walker/Salt 2006; Zebrowski 2016). Damit einher geht ein Aushandlungsprozess über Eigenverantwortung und staatliche Schutzpflicht sowie über die Rolle der Bevölkerung und staatlicher Institutionen im Bereich des Katastrophenschutzes. Dieser Aushandlungsprozess wird sowohl auf der Ebene der Sicherheits- und Katastrophenforschung (Bourbeau 2015; Bourbeau/Ryan 2018; Evans/Reid 2014) als auch auf der des praktischen Katastrophenschutzes (BBK 2015, 2013; HM Government 2010; UNISDR 2015) geführt und verweist auf eine komplexe Problemstellung.

Grundsätzlich ist der Schutz der Bevölkerung eine zentrale Aufgabe staatlichen Handelns. Dies gilt auch und insbesondere in Krisen- und Katastrophensituationen. Eine wichtige Voraussetzung für einen gelingenden Bevölkerungsschutz ist hierbei das Wissen, wer welche Hilfe wie dringend benötigt. Jedoch sind die existierenden Bedarfe so vielfältig wie die Gesellschaft an sich

und für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) nicht leicht zu antizipieren. Dies gilt umso mehr, da nicht jede Bevölkerungsgruppe für staatliches Handeln gleich sichtbar ist (Krüger, 2018a). In anderen Worten: Die Möglichkeit, Menschen zu helfen, hängt von ihrer Sichtbarkeit sowie von der Anerkennung ihrer Lebenssituation und ihrer Bedarfe als wesentlich zu berücksichtigende Faktoren ab.

Eine Möglichkeit, dieser Komplexität zu begegnen, ist die vielbeschworene Stärkung der individuellen Selbsthilfefähigkeit. Jedoch ist auch dieser Weg keineswegs unproblematisch, da Selbsthilfe voraussetzungsvoll ist. Das Vermögen, für sich selber zu sorgen und in Krisen- und Katastrophensituationen selber aktiv zu werden, wird von vielen Faktoren, wie körperlichen Fähigkeiten, sozialen Netzwerken und ökonomischem Kapital, beeinflusst. Diese Ressourcen stehen aber nicht allen Menschen im gleichen Maße zur Verfügung. Eine einseitige Forderung nach Selbsthilfekapazitäten, wie im Resilienzdenken formuliert, ist daher nicht nur ethisch problematisch, sondern für gewisse Personengruppen auch praktisch nicht ohne Weiteres umsetzbar (ebd.).

In vergangenen Hochwassereinsätzen machte das Deutsche Rote Kreuz (DRK) die Erfahrung, dass sich insbesondere für hilfsbedürftige und ambulant gepflegte Menschen aufgrund dieses Spannungsfeldes Probleme ergeben. Für die eingesetzten Rettungskräfte blieben sie eine weitgehend unsichtbare Gruppe, deren Bedarfe darüber hinaus im Katastrophenschutz oft nur unzureichend Berücksichtigung fanden und noch immer finden. Angesichts ihrer Hilfsbedürftigkeit bzw. ihres attestierten Pflegegrades kann jedoch eine umfassende Selbsthilfefähigkeit nicht angenommen werden, da sie per Definition bereits im Alltag auf Hilfeleistungen angewiesen sind. Insofern erscheint es fragwürdig, inwiefern pflege- und hilfsbedürftige Menschen dem geforderten Resilienzideal gerecht werden können. Hinzu kommt eine mangelnde Beachtung von pflegebedürftigen Menschen in Katastrophenfällen, die insbesondere in Anbetracht der bisherigen Bevölkerungsentwicklung überraschend erscheint. Denn die Gruppe von Menschen mit Pflegebedarf ist keineswegs klein und wächst zudem kontinuierlich. Während im Jahre 1999 noch 2,02 Millionen Menschen pflegebedürftig waren, stieg deren Zahl bis 2007 auf 2,25 Millionen Personen (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2010: 21). Im Januar 2017 meldete das Statistische Bundesamt (2017) schließlich die Zahl von 2,86 Millionen gemäß Pflegeversicherungsgesetz pflegebedürftigen Menschen für den Erhebungsstand vom Dezember 2015. Dabei werden mehr als zwei Millionen Menschen (73 %) zuhause gepflegt, 1,38 Millionen von diesen in der Regel ausschließlich durch Angehörige (ebd.). Allein schon unter dem Eindruck dieser Zahlen und der offenbaren demografischen Entwicklungen ist die geringe Aufmerksamkeit für diese Gruppe als Zielgruppe von Katastrophenschutzmaßnahmen verwunderlich (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2010: 21). Mehr noch verlangt dieser Befund sowohl aus dem

Anspruch des Bevölkerungsschutzes als auch aus einer gesellschaftlich-ethischen Perspektive heraus die stärkere Beachtung von pflege- und hilfsbedürftigen Menschen in Krisen- und Katastrophensituationen.

Das Ziel dieses Buches ist es, hierzu einen Beitrag zu leisten. Es ist das Resultat eines Forschungsprozesses, der vom Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes im Jahre 2015 aufgrund der praktisch erlebten Problemstellungen in vergangenen Einsätzen angestoßen wurde. Im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Forschungsprojekts KOPHIS (»Kontexte von Pflege- und Hilfsbedürftigen stärken«) beschäftigten sich Partner*innen aus Wissenschaft und Praxis im Zeitraum von 2016 bis 2019 mit der Frage, wie pflege- und hilfsbedürftige Menschen in Katastrophenfällen gestärkt und in ihrer Unterschiedlichkeit für die Strukturen des Katastrophenschutzes sichtbar werden können.

Um die Forschung möglichst praxisnah und kontextuell zu gestalten, orientierte sie sich an einem konkreten Szenario. Hierfür fiel die Wahl auf den Münsterländer Wintersturm aus dem Jahre 2005, ein komplexes Ereignis, das unterschiedliche Kaskadeneffekte hervorrief. Im Zeitraum des ersten Advents, vom 24. bis zum 27. November des Jahres 2005, führten massive Schneefälle und Windböen zu einem Stromausfall, der in einigen Gebieten bis zu vier Tage andauerte und bis zu 250.000 Menschen betraf (Deutschländer/Wichura 2005: 163). Insbesondere am Freitag, dem 25. November 2005, fielen große Mengen an Neuschnee, unter dessen Last mehrere Strommasten in den Kreisen Borken und Steinfurt abknickten. Während der fehlende Strom sowohl für die betroffenen Bewohner*innen des Gebiets als auch für die Kommunikations- und Rettungsstrukturen zu Problemen führte, wurden die Hilfsarbeiten durch verschneite und vereiste Straßen noch zusätzlich belastet (ebd.). Zwar ist ein solches Ereignis eher selten in Deutschland, jedoch vereint es Faktoren, die auch in anderen Szenarien vorkommen, wie beispielsweise unpassierbare Straßen sowie einen regionalen und andauernden Stromausfall. Es eignet sich daher für die Analyse von unterschiedlichen Problemstellungen.

Aus Sicht des Bevölkerungsschutzes stellt dieses Forschungsszenario eine dreifache Schwierigkeit dar. Denn erstens ist ein Teil der ambulant gepflegten sowie hilfsbedürftigen Menschen auf elektrisch betriebene Geräte angewiesen (z.B. im Falle von Heimdialyse oder Heimbeatmung). Zweitens erweist sich ein langanhaltender Stromausfall in Verbindung mit schwer passierbaren Straßen auch für andere ambulant pflege- und hilfsbedürftige Menschen als ein Versorgungs- sowie Kommunikationsproblem. Schließlich bedeutet das Szenario aber auch für Rettungskräfte, dass sie durch die Witterungsbedingungen nur schwer in das betroffene Gebiet kommen und andererseits durch den Stromausfall Einschränkungen in der Kommunikation erfahren, die erst durch eine Notstromversorgung gelindert werden können. Das Szenario umfasst somit eine Dreierkonstellation an Problemen, bestehend aus wenig an die

Zielgruppe angepassten Schutzmaßnahmen, einer geringen Sichtbarkeit von pflege- und hilfsbedürftigen Menschen für die Rettungskräfte sowie ihrer bedingten Fähigkeit zur Selbsthilfe.

Um der geschilderten Vielschichtigkeit gerecht zu werden, wurden im Laufe des Forschungsprozesses theoretische und empirische Forschungsansätze auf unterschiedlichen Ebenen verfolgt. So wurde das Kommunikationsverhalten zwischen den beteiligten institutionellen Akteur*innen ebenso analysiert wie die Bedarfsstrukturen von ambulant pflege- und hilfsbedürftigen Menschen. Darüber hinaus wurden verschiedene Resilienzverständnisse und -ansätze untersucht sowie aus einer ethischen Perspektive Verantwortungs-, Privatheits- und Gerechtigkeitsfragen diskutiert. Der gesamte Forschungsprozess wurde dabei in eine partizipative Struktur eingebettet, die den Austausch sowohl mit ambulant pflege- und hilfsbedürftigen Personen, mit ihren pflegenden Angehörigen, mit den Akteur*innen innerhalb der gesundheitlichen Versorgung und Wohlfahrtsarbeit als auch mit den unterschiedlichen BOS gewährleistete. Der Einbezug dieser heterogenen Auswahl an Beteiligten erfolgte innerhalb einer ausgewählten Modellregion, um über den Kontext von Großschadenslagen und Katastrophenszenarien hinaus ebenfalls die Dimension von Störungen in der alltäglichen Versorgung der Betroffenen in den Forschungsprozess zu integrieren und lokal zu verorten. Die Wahl der Modellregion fiel auf die nordrhein-westfälische Stadt Willich im Landkreis Viersen, wo im Rahmen von Runden Tischen und Dialogforen ein ständiger Kontakt zu Betroffenen, zu Angehörigen sowie zu Akteur*innen der Pflege und des Katastrophenschutzes gesucht wurde.

Diese Maßnahmen dienen dem Ziel, nicht nur eine *anwendungsorientierte*, sondern ebenso eine im besten Sinne *anwendbare* Forschung zu betreiben. *Anwendungsorientiert* ist die Forschung, weil sie von den Problemstellungen der beteiligten Endanwender*innen ausgeht. *Anwendbar* soll die Forschung sein, da sie den aktuellen Stand der Forschung aufgreift, diesen erweitert und daraus ableitend schließlich konkret umsetzbare Vorschläge zusammen mit den unterschiedlichen Akteursgruppen entwickelt.

Dem Ziel der direkten Anwendbarkeit der Resultate sowie der grundlegenden Bearbeitung von praktisch erlebten Problemstellungen dient die *Transdisziplinarität* der Forschung. Der transdisziplinäre Forschungsansatz ergibt sich dabei bereits aus der Art der bearbeiteten Problemstellung. Die diesem Buch zugrundeliegende Forschung ist nicht zufällig transdisziplinär. Vielmehr resultiert der transdisziplinäre Forschungsansatz aus der praktischen Art der Problemstellung, die auf Einsatzerfahrungen des DRK fußt und Ausgangspunkt der Arbeiten war. Matthias Bergmann et al. (2010: 23, Herv. i. O.) beschreiben die Notwendigkeit eines transdisziplinären Ansatzes wie folgt: »Transdisziplinarität ist eine Reaktion auf sich verändernde epistemische Anforderungen an Wissenschaft und Forschung, ein Versuch, wissenschaftlich

geregelt und reflektiert mit hybriden Problemstellungen umzugehen – mit anderen Worten: ein Wissenschafts- und Forschungsprinzip.« Der transdisziplinäre Ansatz der Forschung ergibt sich somit aus der Fragestellung, die allein durch wissenschaftliche Arbeiten nicht zufriedenstellend zu bearbeiten ist. Gleichzeitig ist Transdisziplinarität auch wissenschaftlich förderlich, denn

»[d]ie lebensweltlichen Problemstellungen, die den Ausgangspunkt für die Forschungsarbeit bilden, können in der Regel wissenschaftlich nicht allein disziplinbezogen bearbeitet werden. Da also mehrere Fächer und zudem oft auch Praxispartner aus dem Problemfeld zusammenwirken müssen, um Handlungsstrategien erarbeiten zu können, die in gesellschaftlichen Prozessen Wirkung zeigen können, stellen sich beinahe zwangsläufig auch neuartige wissenschaftsmethodische Probleme.« (ebd.: 24)

Die Arbeiten dieses Buches orientieren sich dabei an einem »lebensweltlich zentrierten Forschungszugang« (ebd.: 29, Herv. i. O.), da eine konkrete gesellschaftliche Problemstellung wissenschaftlich analysiert und anschließend wieder in die Praxis zurückgespiegelt werden soll. Dieses Prinzip gliedert die nachfolgenden Beiträge dieses Buches. So stellen **Matthias Max und Matthias Schulze** eingangs die Notwendigkeit der Forschung aus Sicht des DRK als Praxispartner*in dar. Sie bieten damit eine Problemanalyse aus der Praxis, die den Ausgangspunkt für die nachfolgenden Forschungsarbeiten bildet. Die Beiträge in diesem Band spiegeln die verschiedenen Facetten transdisziplinärer Forschung wider und verorten sich in unterschiedlichen Positionen auf dem Kontinuum zwischen Praxis und Grundlagenforschung. Ihr Zusammenwirken verdeutlicht den starken Praxisbezug und ist gleichzeitig ein Beispiel für die erkenntnisgenerierende Wirkung transdisziplinärer Forschung. Die Arbeiten lassen sich dabei den sechs Forschungsschwerpunkten (1) Zielgruppenanalyse, (2) Vulnerabilität und Resilienz, (3) Verantwortungsverteilungen, Erwartungshaltungen und Bedarfe, (4) Stand der Praxis, (5) ethische Reflexionen und (6) Partizipation zuordnen. Diese werden nachfolgend vorgestellt.

WAS WIRD ERFORSCHT, UM PFLEGE- UND HILFSBEDÜRFTIGE MENSCHEN IN KATASTROPHENFÄLLEN ZU STÄRKEN?

Pflege- und hilfsbedürftige Menschen erhielten bisher nur wenig Beachtung im Rahmen des Katastrophenschutzes. Daher stellte sich am Beginn des Forschungsprozesses die Frage, welche Faktoren erforscht werden müssen, um die Kontexte von pflege- und hilfsbedürftigen Menschen in Katastrophen zu stärken.

(1) Zielgruppenanalyse

Für dieses Unterfangen ist in einem ersten Forschungsschritt eine Bestimmung der Zielgruppe nötig. Dabei definiert dieses Buch die Zielgruppe in einer eher unüblichen Weise als *pflege- und hilfsbedürftige* Menschen. Diese zugegebenermaßen recht vage Formulierung hat eine offensichtliche Schwäche, die jedoch bei genauerer Betrachtung im Katastrophenschutz zu einer Stärke wird: ihre Unschärfe. Der Forschungsprozess befasst sich grundlegend mit pflegebedürftigen Menschen. In der Beschäftigung mit dieser Zielgruppe wurde aber relativ schnell deutlich, wie schwer sich die Zugehörigkeit einzelner Personen zu dieser Gruppe feststellen lässt. Denn natürlich umfasst sie diejenigen Menschen, die in einen offiziellen Pflegegrad gemäß Sozialgesetzbuch eingestuft wurden. Dies sind in aller Regel Menschen, die in der einen oder anderen Weise und in gewisser Regelmäßigkeit der Hilfe bedürfen, um ihren Alltag zu bewältigen. Welche Hilfe dies aber ist und welche Einschränkungen und daraus resultierende Bedarfe diese Person hat, wird aus ihrer bloßen sozialversicherungsrechtlichen Einstufung in einen Pflegegrad nicht deutlich. Jedoch ist gerade dieser konkrete Bedarf in Katastrophensituationen entscheidend, da er die Art und den Umfang der konkret benötigten Hilfestellung beschreibt.

Mehr noch liegen derartige Hilfsbedarfe nicht ausschließlich bei Menschen vor, die in einen Pflegegrad eingestuft wurden. Vielmehr lassen sie sich auch in anderen Teilen der Bevölkerung wiederfinden. Entscheidend ist daher das Vorhandensein des spezifischen Hilfsbedarfs in einer konkreten Schadenslage. Hierbei ist es unerheblich, ob der Hilfsbedarf chronisch oder akut ist. So macht es für die Rettungskräfte bei der Evakuierung einer Person kaum einen Unterschied, ob sie aufgrund des akuten Bruchs beider Beine, wegen einer Lähmung der Beine oder aber aufgrund einer chronischen Erkrankung auf einen Rollstuhl angewiesen ist. Anstatt sich also auf eine durch Leistungsanspruchskriterien vordefinierte Gruppe, wie beispielsweise Personen mit anerkanntem Pflegegrad, zu beschränken, wird im Rahmen der zugrundeliegenden Forschung der zu untersuchende Personenkreis um hilfsbedürftige Menschen erweitert. Die Unschärfe des Begriffs der *pflege- und hilfsbedürftige Menschen* ist also insofern eine Stärke, als dass sie ein Schubladendenken nach Pflegegrad oder anderen Pauschalisierungen vermeidet. Stattdessen zwingt uns der Begriff, nach den konkreten Assistenzbedarfen von Personen zu fragen.

(2) Vulnerabilität und Resilienz

Dieser Fokuswechsel regt zweitens zum Hinterfragen von Vulnerabilitätszuschreibungen an und forscht nach den Entstehungsmöglichkeiten von gesellschaftlichen, individuellen und gruppenbezogenen Verwundbarkeiten. Die bisher dominante Lesarten betrachtet sozioökonomische Bedingungen (z.B. Armut oder mangelndes soziales Kapital), eingeschränkte Fähigkeiten (z.B. körperliche Einschränkungen), das Maß der Ausgesetztheit gegenüber potenziell schädlichen Ereignissen (z.B. Wohnort in einer flutgefährdeten Region) oder die Kombination all dieser Faktoren als entscheidend für die Bestimmung von Vulnerabilität (Voss 2010: 74-75). Da diese Eigenschaften in der Regel als statisch verstanden werden, folgt oft die Einordnung in vulnerable Gruppen, wie arme Menschen, alte Menschen, Menschen mit Behinderung oder eben pflege- und hilfsbedürftige Menschen. Allein die Koexistenz und Fluidität dieser unterschiedlichen Faktoren von Vulnerabilität verdeutlicht aber die Schwierigkeit, pauschal von »vulnerablen Gruppen« zu sprechen – und Vulnerabilität damit zum prägenden und unabänderlichen Wesensmerkmal ganzer Gruppen zu erheben. Daher geht **Friedrich Gabel** in seinem Beitrag von einer dynamischen Vulnerabilität aus, die zwar von den vorgenannten Faktoren beeinflusst ist, sich jedoch situativ immer wieder neu ergibt. Ein solches Vulnerabilitätsverständnis ist komplex, da es sich weder in bestehende Schubladen einordnen lässt noch den Versuch unternimmt, ein ontologisches Vulnerabilitätsverständnis auf Menschen zu projizieren – also Vulnerabilität zum Wesensmerkmal bestimmter Menschen zu erklären.

Gerade ein solcher, notwendigerweise nicht deterministischer Vulnerabilitätsansatz ist an den gegenwärtig hochpopulären Resilienzdiskurs anschlussfähig. Resilienz, häufig verstanden als mehr oder weniger abstrakte Widerstands- und Anpassungsfähigkeit, wird in unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen teils seit Jahrzehnten verwendet (Bourbeau 2018; Voss/Dittmer 2016; Walker/Cooper 2011). Die Geschichte von Resilienz in den sozialwissenschaftlichen Sicherheitsstudien ist hingegen vergleichsweise jung und von einem hohen Maß an definitorischer Unschärfe, fast schon Beliebigkeit, geprägt (Rungius/Schneider/Weller 2018). Durch ihre hohe Übertragbarkeit auf verschiedene Diskurse und Politikbereiche gewinnt Resilienz jedoch ebenfalls ein hohes Maß an Anschlussfähigkeit und erscheint als perfekte Antwort auf beinahe jedwede Frage nach gesellschaftlichen Verwundbarkeiten (Kaufmann 2012). Denn trotz ihrer Unterschiedlichkeit gehen Resilienzansätze auf einen gemeinsamen Kerngedanken zurück: die Möglichkeit, mit negativen Folgen von Ereignissen durch unterschiedlichste Strategien fertigzuwerden. Resilienz fügt sich dabei in ein gesellschaftliches Leitbild ein, das die Verantwortung des Individuums betont und dabei implizit ehemals staatliche Schutzaufgaben infrage stellt (Chandler/Reid 2016; Evans/Reid 2014). In

seinem Beitrag befasst sich **Marco Krüger** mit eben diesem Problemfeld und argumentiert, dass Resilienz keinesfalls den Rückzug des Staates bedeuten sollte. Im Gegenteil müssen staatliche Politiken Resilienz durch die Schaffung ihrer Voraussetzungen bereits im Vorfeld eines Schadensereignisses ermöglichen, statt diese lediglich seitens der Bürger*innen einzufordern. Resilienz wird so von einer staatlichen Forderung zu einer staatlichen Aufgabe.

(3) Verantwortungsverteilungen, Erwartungshaltungen und Bedarfe

Drittens ergeben sich in diesem Zusammenhang notwendigerweise Verantwortungskonstellationen, die von staatlichem Schutzhandeln auf verschiedenen Ebenen und durch diverse Institutionen bis hin zur Selbstvorsorge des Individuums reichen (Kaufmann 2016). Wer im Katastrophenfall welche Verantwortung trägt, welche Gebiete wie zu schützen sind und was die Aufgaben der Bürger*innen sind, ist auf Seiten der professionellen Rettungskräfte häufig unstrittig. Jedoch zeigen die Erfahrungen aus vergangenen Krisenereignissen, dass es zu Differenzen in den Erwartungshaltungen der Bürger*innen und der Rettungskräfte hinsichtlich dieser Aufgabenverteilung kommen kann. Der erste Beitrag von **Julia Schander, Andrea Jungmann, Katja Schulze und Martin Voss** befasst sich daher mit der Erwartungshaltung von pflege- und hilfsbedürftigen Menschen an die Fremd- und Selbsthilfe in Krisensituationen. Dabei sind insbesondere geforderte Aufgabenverteilungen, die sich daraus ergebenden Verantwortlichkeiten und die Möglichkeiten der Erfüllung dieser (er)klärungsbedürftig. Die bewusste Wahrnehmung der unterschiedlichen Erwartungshaltungen ist die Voraussetzung für deren Offenlegung und schließlich ihrer gesellschaftlichen Verhandlung.

Die Stärkung von pflege- und hilfsbedürftigen Menschen durch die Erhöhung ihrer Resilienz ist keine Entweder-oder-Entscheidung. Es ist nicht die Frage nach der ausschließlichen Betonung der individuellen Verantwortung oder der staatlichen Schutzpflicht. Vielmehr bedarf die Stärkung von pflege- und hilfsbedürftigen Menschen eines integrierenden Ansatzes im Katastrophenschutz. Ein solcher Ansatz betont die Bedeutung lokalen Wissens und lokaler Kontexte, ohne dabei die gegenwärtigen Katastrophenschutzstrukturen generell infrage zu stellen oder aber die Verantwortung allein dem Individuum zuzuschreiben. Sowohl das Austarieren von individueller und kollektiver Vorsorge als auch die Fragen nach sozialer Sichtbarkeit von Personengruppen und nach der Einbindung von neuen Formen der Wissensgenerierung in die Arbeit der Katastrophenschutzstrukturen sind Teil eines solchen Ansatzes. Daher berührt er sowohl die individuelle als auch die zivilgesellschaftliche und staatlich-institutionelle Ebene. Der Beitrag von **Veronika Zettl und Rebecca Nell** bewegt sich auf ebenjener staatlich-institutionellen Ebene und analysiert die

Bedeutung der Zusammenarbeit verschiedener staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen, des sozialen Nahraums sowie der betroffenen Personen für eine gelingende Arbeit seitens des professionellen Katastrophenschutzes. Anhand dieses Netzwerks skizzieren die Autorinnen das Potenzial behördlicher Kooperation mit anderen staatlichen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, die für ambulant gepflegte und hilfsbedürftige Menschen bedeutsam sind.

Wenngleich eine umfassende Kommunikation eine notwendige Voraussetzung für die Abstimmung und letztendlich auch für die Hilfe in Schadenslagen ist, so ist allein die bessere Vernetzung der einzelnen Akteur*innen keineswegs hinreichend. Gegenwärtig scheinen die diversen Bedarfe von pflege- und hilfsbedürftigen Menschen in aktuellen Katastrophenschutzkonzepten nur unzureichend berücksichtigt zu werden. Dabei herrscht im Katastrophenschutz nicht selten die implizite Annahme einer grundsätzlich selbstrettungsfähigen Person als gegebene »Normalität« vor (Krüger 2018a). Wolfgang Bachmann (2013) beschreibt die Benachteiligung von Menschen im Katastrophenschutz aufgrund von Abweichungen von dieser imaginierten »Normalität«. Konkret spricht er die Benachteiligung von hörbeeinträchtigten Personen durch die Dominanz akustischer Informationen am Beispiel des Elbehochwassers 2002 an. Dort kam es zu einer Situation, in der gehörlose Personen die akustischen Evakuierungsmeldungen nicht mitbekamen und daher in ihren Wohnungen – bald ohne Strom – zurückblieben (ebd.: 2). In der Tat ist der Katastrophenschutz vielerorts nicht auf die Bedarfe von Menschen mit Behinderung eingestellt (Alexander 2015). Dieses Beispiel verdeutlicht die Selektivität in der staatlichen Wahrnehmung von Bedarfen (Krüger 2018a).

Daher analysieren **Katja Schulze, Julia Schander, Andrea Jungmann und Martin Voss** in ihrem zweiten Beitrag die Bedarfe von pflege- und hilfsbedürftigen Menschen sowie ihren Angehörigen und systematisieren diese mittels einer quantitativen deutschlandweiten Befragung. Dabei identifizieren die Autor*innen Bedarfsmuster und führen diese unter anderem auf sozio-demographische Merkmale zurück, um milieuspezifische Aussagen für den Katastrophenschutz zu ermöglichen. Sie konterkarieren somit pauschale, aber gängige Rollenzuschreibungen und verstehen pflege- und hilfsbedürftige Menschen nicht nur einseitig als Empfänger*innen von Unterstützung mit spezifischen Bedarfsmustern, sondern betonen ebenso deren Potenziale und Fähigkeiten. In diesem Sinne werden auch Unterstützungspotenziale erfragt, die Aufschluss über mögliche Hilfestellungen geben, die durch pflege- und hilfsbedürftige Menschen im Katastrophenfall geleistet werden können. Ein solcher Ansatz befreit pflege- und hilfsbedürftige Menschen aus einer passiven Objektposition, in der sie nur Empfänger*innen von Hilfeleistungen sind, und gesteht ihnen gleichfalls eine handelnde Subjektposition zu.

(4) Stand der Praxis

Der vierte Forschungsschwerpunkt widmet sich verstärkt der Perspektive der Praxispartner*innen und analysiert bestehende Verfahren im Umgang mit ambulant pflege- und hilfsbedürftigen Menschen im Kontext des Katastrophenschutzes. **Heidi Oschmiansky und Annette Händlmeyer** weisen in ihrem Beitrag mit Blick auf die demografische Entwicklung und die Veränderungen im Pflegebereich darauf hin, dass sich der Katastrophenschutz stärker auf mögliche Folgewirkungen der erhöhten Vulnerabilität von Menschen mit Pflege- und Hilfsbedarf einstellen muss. Anhand von internationalen Beispielen, wie Hilfsorganisationen den Katastrophenschutz für pflege- und hilfsbedürftige Menschen gestalten, zeigen die Autorinnen Potenziale und Problemstellungen der bisherigen Ansätze auf. **Asarnusch Rashid, Loyal Shammas, Tom Zentek und Marian Weber** nehmen demgegenüber technische Möglichkeiten zur Unterstützung von ambulant pflege- und hilfsbedürftigen Menschen in den Blick. Diese praktische Perspektive komplementiert die rein wissenschaftlichen Ansätze und sorgte für einen stetigen transdisziplinären Austausch während des Forschungsprozesses.

WIE WIRD GEFORSCHT, UM PFLEGE- UND HILFSBEDÜRFTIGE MENSCHEN IN KATASTROPHEN ZU UNTERSTÜTZEN?

Die bisher aufgeworfenen und untersuchten Fragestellungen nach den Bedarfen, nach der Rolle von Selbsthilfe und staatlichen Schutzaufgaben sowie nach dem Verständnis von Vulnerabilität und Resilienz werfen nicht nur rein administrative Probleme bei der Ausgestaltung des Katastrophenschutzes, sondern auch ethische Fragen nach deren jeweiliger Wünschbarkeit auf.

(5) Ethische Reflexionen

Sicherheit ist stets ein begrenztes, aber auch ein zu begrenzendes Gut (Ammicht Quinn 2014c: 42-43). Es ist begrenzt, da es an verschiedenste Ressourcen geknüpft ist. Zudem ist Sicherheit nie allgemeingültig, sondern immer auf ein bestimmtes Referenzobjekt als eine zu sichernde gesellschaftliche Größe bezogen (Ammicht Quinn 2014b; Buzan/Wæver/Wilde 1998). Sicherheit ist dabei jedoch nicht nur die Sicherheit *für* etwas, sei dies eine spezifische Gruppe, eine Region, ein Gegenstand oder ein ideeller Wert. Sicherheit ist ebenso die Sicherheit *vor* einer wie auch immer gearteten Bedrohung oder einem Risiko. Allein die Vielzahl der denkbaren schadhafte Ereignisse verdeutlicht die schiere Aussichtslosigkeit allumfassender Sicherheit. Die steigende Berücksichtigung dieser Komplexität befördert eine possibilistische Rationalität, in

der nicht mehr das *wahrscheinliche*, sondern das *mögliche* Ereignis maßgeblich für die Gestaltung von Politik ist (Amoore 2013). Mehr noch ist insbesondere der Bereich des Katastrophenschutzes durch die Bewältigung zuvor ungeahnter Lagen gekennzeichnet. In Anbetracht der großen Bandbreite an zu sichernden Referenzobjekten sowie an (un)denkbaren Bedrohungen und Gefahren ist allumfassende Sicherheit praktisch nicht zu realisieren.

Jedoch ist Sicherheit nicht nur praktisch begrenzt, sondern auch aufgrund von ethischen Erwägungen zu begrenzen. Denn Sicherheit ist nicht nur entweder durch Statistiken quantifizierbar oder ein (inter)subjektives Gefühl. Sicherheitshandeln ist notwendigerweise auch mit Werturteilen verknüpft. Wir wenden Ressourcen unterschiedlicher materieller und nichtmaterieller Art auf, um etwas zu sichern, weil es angesichts einer ungewissen Zukunft als im wahrsten Sinne schützenswert erscheint (Burgess 2011: 13; Burgess 2015: 42). Damit ist die Sicherheit von etwas automatisch Gegenstand normativer Abwägungen. Sicherheit steht dabei in einem komplexen Verhältnis zu anderen Werten, wie Gerechtigkeit, Privatheit oder Freiheit, um nur ein paar zu nennen (Ammicht Quinn 2014a, 2014b, 2016). So lassen sich beispielsweise Freiheit und Sicherheit nicht antagonistisch gegeneinander aufwiegen, sondern weisen eine komplexe Interdependenz auf (Krüger 2018b: 48-50). Didier Bigo (2008: 107) geht sogar so weit, Sicherheit als das Resultat von Freiheiten zu begreifen. Auch Fragen der Gerechtigkeit und der Privatheit stehen in einem ambivalenten, teils widersprechenden, teils wechselseitig konstitutivem Verhältnis zu Sicherheit. Diese Abwägungsprozesse können nicht pauschal beurteilt, sondern müssen in ihrem jeweiligen gesellschaftlichen Kontext betrachtet werden. Der Ruf nach Sicherheit produziert dabei automatisch Unsicherheiten, da an den Grenzen der aktuellen und auch jedweder zukünftigen Sicherheitsversprechen neue Unsicherheiten warten (de Lint/Virta 2004: 471). Wie bereits beschrieben ist Sicherheitshandeln schließlich stets an Verantwortungsverteilungen geknüpft (Ammicht Quinn 2014a), welche aus sicherheitsethischer Perspektive hinsichtlich ihrer Akzeptabilität zu hinterfragen sind. Daher widmet sich dieses Buch als fünftem Forschungsschwerpunkt der ethischen Reflexion der gewonnenen Erkenntnisse. **Marcel Vondermaßen** analysiert in diesem Zusammenhang die ethische Bedeutung von Anerkennung und Repräsentation von pflege- und hilfsbedürftigen Menschen als Voraussetzung für die spätere Berücksichtigung ihrer heterogenen Bedarfe und Lebensumstände.

(6) Partizipation

Die Heterogenität der Bedarfe, der Rückbezug von Resilienz auf kontextuelle Informationen, aber auch die föderale Organisation des Katastrophenschutzes in Deutschland verlangten nach einer räumlichen Eingrenzung der Forschung. Der sechste Forschungsschwerpunkt befasst sich daher mit den Mög-

lichkeiten einer partizipativen Kontextualisierung der Forschung, welche auf zwei Ebenen erfolgte. Einerseits wurde der Anwendungsbereich der Projektforschung regional begrenzt. In diesem Zusammenhang wurde der Ansatz der Modellregion gewählt, den **Ruth Winter und Annette Händlmeyer** in ihrem Beitrag vorstellen. Die Fokussierung auf eine Modellregion erlaubt es, abstrakte Forschungsfragen anhand örtlicher Gegebenheiten zu konkretisieren sowie theoretische Forschungsergebnisse praxisnah zu reflektieren und schließlich in Anwendung zu bringen.

Andererseits wurde eine gesellschaftliche Kontextualisierung durch die Wahl einer partizipativen Forschungsmethode verfolgt. Die Festlegung einer Modellregion schuf die Voraussetzung für die praktische Umsetzung des partizipativen Ansatzes. So sollte nicht nur *über* ambulant pflege- und hilfsbedürftige Menschen, sondern ebenso *mit* ihnen geforscht werden. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, wurden partizipative Formate im Rahmen des Forschungsprojekts KOPHIS durchgeführt, die sich speziell an ambulant pflege- und hilfsbedürftige Menschen sowie an deren Angehörige richteten. **Annette Händlmeyer, Heidi Oschmiansky und Ruth Winter** führen in ihrem Beitrag die Konzeption und Durchführung dieser Formate aus und zeigen dabei Möglichkeiten auf, ambulant pflege- und hilfsbedürftige Menschen nicht nur im Katastrophenschutz, sondern ebenfalls bereits im Forschungsprozess als handelnde Akteur*innen einzubeziehen. Die Verbindung von partizipativer Forschung und deren räumlicher Einhegung ermöglichte es, auf die spezifischen Begebenheiten einzugehen und somit die geleistete Forschung konkret anwendbar zu machen.

VON DER PRAXIS ÜBER DIE FORSCHUNG ZURÜCK IN DIE PRAXIS

Dieses transdisziplinäre Buchprojekt verfolgt in all seiner Heterogenität drei Wirkungsrichtungen. Primär zielen die Arbeiten auf die Verbesserung der Situation von ambulant pflege- und hilfsbedürftigen Menschen sowohl in ihrem Alltag als auch in Katastrophensituationen ab. Hierfür wurde aus den erfahrenen Schwierigkeiten im Katastrophenschutz ein transdisziplinärer Forschungsprozess gestaltet. Die in diesem Rahmen durchgeführten Analysen führten schließlich zu Ergebnissen, die in einem finalen Schritt wiederum in praxisnahe Lösungsansätze überführt wurden. **Matthias Max** analysiert diesen Prozess in seinem abschließenden Beitrag »Wie aus Forschung Praxis wird«. Er ordnet dabei das gewählte Verfahren vor dem Hintergrund des seitens des DRK verwendeten abstrahierten transdisziplinären Forschungsdesigns ein.

Die in diesem Buch vorgestellten Forschungsergebnisse fanden auch über das eigentliche Projektkonsortium von KOPHIS hinaus sowohl auf struktureller als auch auf lokaler Ebene Beachtung. So zeigt der Gastbeitrag von Martin

Litsch, Vorstandsvorsitzender des AOK-Bundesverbands, die Relevanz der Projektforschung für den Pflegebereich. Der Gastbeitrag von Brigitte Schwerdtfeger, Beigeordnete für Freizeit, Familie und Sicherheit der Stadt Willich, verdeutlicht den Einfluss der Forschung vor Ort in der Modellregion in Bezug auf das lokale Quartiersmanagement. Darüber hinaus zeigen Tanja Knopp, stellvertretende DRK-Bundesbereitschaftsleiterin, und Ulrike Würth, DRK-Bundesleiterin der Wohlfahrts- und Sozialarbeit, wie die Forschungsergebnisse dazu beitragen können, dass die Bereiche der Wohlfahrtsarbeit und des Bevölkerungsschutzes gemeinsam Krisenbewältigung leisten. Auch das im Jahr 2018 erschienene Grünbuch »Der DRK-Betreuungsdienst der Zukunft« ist von einem Resilienzverständnis geprägt, das sich aus den Forschungsarbeiten des Projekts KOPHIS speist. Damit trägt die in diesem Buch versammelte Forschung zu einem Prozess des Umdenkens bei, der auf die Verbesserung der Situation von pflege- und hilfsbedürftigen Menschen in Krisen- und Katastrophenfällen abzielt.

Zweitens soll das Buch wissenschaftliche Diskurse beeinflussen. Die enge Kooperation mit Praxispartner*innen inspirierte die Entwicklung einer veränderten Perspektive sowohl auf Resilienz als auch auf Vulnerabilität. Darüber hinaus beeinflusste sie die Durchführung einer umfangreichen empirischen Studie über die Bedarfe und Fähigkeiten von pflege- und hilfsbedürftigen Menschen. Diese wissenschaftlichen Arbeiten sollen den akademischen Diskurs beeinflussen und somit auf einer anderen Ebene Wirkung entfalten.

Die dritte Wirkungsrichtung des Buches ist sowohl methodischer als auch inspirierender Natur. Es möchte einen Beitrag zu den methodischen Umsetzungsmöglichkeiten transdisziplinärer Forschung leisten. Das im Buch unterbreitete Angebot, wie die DRK-Forschung Transdisziplinarität versteht, ist im Kontext der spezifischen thematischen und organisationalen Bedingungen zu sehen und damit kein allgemeingültiges Rezept, wie aus einem Problem Forschung und aus Forschung Praxis wird. Jedoch ist es ein im besten Fall inspirierendes methodisches Beispiel, wie inter- und transdisziplinäre Forschung sowohl wissenschaftlich als auch gesellschaftlich wirken kann.

LITERATUR

- Alexander, David (2015): »Disability and Disaster: An Overview«, in: Ilan Kelman/Laura M. Stough (Hg.), *Disability and Disaster. Explorations and Exchange*, New York: Palgrave Macmillan, S. 15-29.
- Ammicht Quinn, Regina (2014a): »No Soul to Damn, No Body to Kick«: Fragen nach Verantwortung im Kontext der Herstellung von Sicherheit«, in: Christopher Daase/Stefan Engert/Georgios Kolliarakis (Hg.), *Politik und Unsi-*

- cherheit. Strategien in einer sich wandelnden Sicherheitskultur, Frankfurt a.M., New York: Campus, S. 119-134.
- Ammicht Quinn, Regina (2014b): Sicherheitsethik (= Studien zur Inneren Sicherheit, Band 16), Wiesbaden: Springer VS 2014.
- Ammicht Quinn, Regina (2014c): »Sicherheitsethik. Eine Einführung«, in: Regina Ammicht Quinn (Hg.), Sicherheitsethik, Wiesbaden: Springer VS, S. 15-47.
- Ammicht Quinn, Regina (2016): Prävention und Freiheit. Zur Notwendigkeit eines Ethikdiskurses 2016.
- Amoore, Louise (2013): *The Politics of Possibility. Risk and Security Beyond Probability*, Durham, London: Duke University Press.
- Bachmann, Wolfgang (2013): Katastrophenschutz für hörbehinderte Menschen, www.barrierefreiheit.de/tl_files/bkb-downloads/Projekte/katastrophenschutz/bkb_dgb_katastrophenschutz_130924.pdf, zuletzt geprüft am: 17.10.2018.
- BBK (2013): »Aktiv von Kindesbeinen an«, in: *Bevölkerungsschutz*, 2/2013.
- BBK (2015): Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen, www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/BBK/DE/Publikationen/Broschueren_Flyer/Buergerinformationen_A4/Ratgeber_Brosch.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt geprüft am: 31.10.2016.
- Bergmann, Matthias/Jahn, Thomas/Knobloch, Tobias/Krohn, Wolfgang/Pohl, Christian/Schramm, Engelbert (2010): *Methoden transdisziplinärer Forschung. Ein Überblick mit Anwendungsbeispielen*, Frankfurt a.M., New York: Campus.
- Bourbeau, Philippe (2015): »Resiliencism and Security Studies: Initiating a Dialogue«, in: Thierry Balzacq (Hg.), *Contesting Security. Strategies and Logics*, London/New York: Routledge, S. 173-188.
- Bourbeau, Philippe (2018): »A Genealogy of Resilience«, in: *International Political Sociology*, 1 (12), S. 19-35.
- Bourbeau, Philippe/Ryan, Caitlin (2018): »Resilience, resistance, infrapolitics and enmeshment«, in: *European Journal of International Relations*, 1 (24), S. 221-239.
- Buzan, Barry/Wæver, Ole/Wilde, Jaap de (1998): *Security. A New Framework for Analysis*, Boulder/London: Lynne Rienner.
- Chandler, David/Reid, Julian (Hg.) (2016): *The Neoliberal Subject. Resilience, Adaptation and Vulnerability*, London/New York: Rowman & Littlefield International.
- Deutshländer, Thomas/Wichura, Bodo (2005): »Das Münsterländer Schneechaos am 1. Adventswochenende 2005«, in: *Deutscher Wetterdienst (Hg.), Klimastatusbericht 2005*, Offenbach, S. 163-167.
- Evans, Brad/Reid, Julian (2014): *Resilient Life. The Art of Living Dangerously*, Cambridge: Polity Press.

- HM Government (2010): A Strong Britain in an Age of Uncertainty: The National Security Strategy, https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/61936/national-security-strategy.pdf, zuletzt geprüft am: 12.10.2016.
- Kaufmann, Mareile (2016): »Exercising Emergencies: Resilience, Affect and Acting out Security«, in: Security Dialogue, 2 (47), S. 99-116.
- Kaufmann, Stefan (2012): »Resilienz als >Boundary Object<«, in: Christopher Daase/Philipp Offermann/Valentin Rauer (Hg.), Sicherheitskultur. Soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr, Frankfurt a.M.: Campus, S. 109-131.
- Krüger, Marco (2018a): »Building instead of imposing resilience: Revisiting the relationship between resilience and the state«, in: International Political Sociology, S. 1-15 (online first).
- Krüger, Marco (2018b): Gesellschaftsethisches Gutachten zum Projekt »Multisensoriell gestützte Erfassung von Straftätern in Menschenmengen bei komplexen Einsatzlagen« (MUSKAT), Tübingen, [https://publikationen.uni-tuebingen.de/xmlui/bitstream/handle/10900/79947/Kr %c3 %bcger %20 2018 %20Ethisches %20Gutachten %20Muskat.pdf?sequence=1&isAllowed=y](https://publikationen.uni-tuebingen.de/xmlui/bitstream/handle/10900/79947/Kr_%c3_%bcger_%202018_%20Ethisches_%20Gutachten_%20Muskat.pdf?sequence=1&isAllowed=y), zuletzt geprüft am: 24.10.2018.
- Lint, Willem de/Virta, Sirpa (2004): »Security in ambiguity. Towards a radical security politics«, in: Theoretical Criminology, 4 (8), S. 465-489.
- Neocleous, Mark (2013): »Resisting Resilience«, in: Radical Philosophy, 178 S. 2-7.
- Rungius, Charlotte/Schneider, Elke/Weller, Christoph (2018): »Resilienz – Macht – Hoffnung. Der Resilienzbegriff als diskursive Verarbeitung einer verunsichernden Moderne«, in: Maria Karidi/Martin Schneider/Rebecca Gutwald (Hg.), Resilienz. Interdisziplinäre Perspektiven zu Wandel und Transformation, Wiesbaden: Springer, S. 33-59.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2010): Demografischer Wandel in Deutschland. Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige im Bund und in den Ländern, Wiesbaden, https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/DemografischerWandel/KrankenhausbehandlungPflegebeduerftige5871102109004.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt geprüft am: 27.08.2018.
- Statistisches Bundesamt (2017): Knapp 2,9 Millionen Pflegebedürftige im Dezember 2015, Wiesbaden, https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2017/01/PD17_017_224pdf.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt geprüft am: 08.05.2018.
- UNISDR (2015): Sendai Framework for Disaster Risk Reduction 2015-2030, www.unisdr.org/files/43291_sendaiframeworkfordrren.pdf, zuletzt geprüft am: 13.06.2017.

- Voss, Martin (2010): »Resilienz, Vulnerabilität und transdisziplinäre Katastrophenforschung«, in: Alexander Siedschlag (Hg.), *Jahrbuch für europäische Sicherheitspolitik 2009/2010*, Baden-Baden: Nomos, S. 67-84.
- Voss, Martin/Dittmer, Cordula (2016): »Resilienz aus katastrophensoziologischer Perspektive«, in: Rüdiger Wink (Hg.), *Multidisziplinäre Perspektiven der Resilienzforschung*, Wiesbaden: Springer, S. 179-197.
- Walker, Brian/Salt, David (2006): *Resilience Thinking. Sustaining Ecosystems and People in a Changing World*, Washington, Covelo, London: Island Press.
- Walker, Jeremy/Cooper, Melinda (2011): »Genealogies of Resilience: From Systems Ecology to the Political Economy of Crisis Adaptation«, in: *Security Dialogue*, 2 (42), S. 143-160.
- Zebrowski, Chris (2016): *The Value of Resilience. Securing Life in the Twenty-First Century*, London/New York: Routledge.